



Sozialdemokratische Partei
Graubünden



Partida socialdemocrata grischuna
Partito socialista grigionese

Sekretariat:
Postfach 561, 7001 Chur
Tel. 081/284 91 00, Fax 081/284 91
www.sp-gr.ch
sekretariat@sp-gr.ch

SP-Graubünden - Neufassung Tourismuspapier vom April 2006

Tourismus in Graubünden - Tourismus für Graubünden

Positionen, Thesen und Forderungen der SP Graubünden

Der Tourismus ist der stärkste Wirtschaftszweig im Kanton Graubünden. Rund ein Drittel der gesamten Bündner Wertschöpfung wird im Tourismusbereich erwirtschaftet. Die SP Graubünden anerkennt den grossen Stellenwert des Tourismus auf die Volkswirtschaft in Graubünden. Der Tourismus bringt im ganzen Kanton, in der einzelnen Region und in der Gemeinde Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Lebensqualität für die Wohnbevölkerung. Der Tourismus in unserem Kanton darf wachsen, quantitativ und qualitativ. Er kann wachsen: Das Potenzial wäre da, die Landschaft ist attraktiv.

A) Die grundsätzlichen Positionen der SP-Graubünden

Die SP will einen starken Tourismus. Dazu sind notwendig:

- zukunftsfähige, öffentliche Strukturen: starke Gemeinden und Regionen, sinnvolle, touristische Grossdestinationen und ein adäquates Einbinden der touristischen Ergänzungsgebiete
- die soziale Verträglichkeit im Tourismus: Orientierung an der kulturellen und landschaftlichen Vielfalt, Austausch und Begegnung zwischen verschiedenen Kulturen, Tourismus-Sensibilität in der einheimischen Bevölkerung fördern, Einhaltung von Anstellungsbedingungen und Gesamtarbeitsverträgen
- ein respektvoller Umgang mit der Natur. Die Natur bildet das Rückgrat für unseren Tourismus, sie beinhaltet viel Potenzial für den ganzen Wirtschaftssektor,
- das Bekenntnis zur dezentralen Besiedlung – Standortfaktoren stärken
- die Stärkung der Berglandwirtschaft - Synergien für den Tourismus nutzen: Alpwirtschaft, Landschaftspflege, Verdienstmöglichkeiten für Bäuerin und Bauer, Profilierung mit einheimischen Qualitätsprodukten etc.
- Sichtweise und Entscheidungswege breit vernetzen, Gesprächskultur pflegen und bei Veränderungen unterschiedlich orientierte Interessensgruppen früh einbinden

B) Konkrete Anliegen

1. Produkte verbessern

1.1. Gastfreundlich sein

Graubünden soll sich als Ferienland gastfreundlich zeigen. Dazu gehört Freude, Interesse, Hilfsbereitschaft und allgemein Offenheit aller im Tourismus engagierten, aber auch der Bevölkerung. Es muss im Interesse aller Leistungsträger liegen, dass sich unsere Gäste bei uns wohl fühlen. Besonders die Beschäftigung von einheimischem Personal schafft willkommene Brücken zwischen Gast und Gastgeber, die ständige Aus- und Weiterbildung sowie die Anerkennung guter Leistungen motivieren nicht nur hier, aber besonders in diesem Bereich!



Sozialdemokratische Partei
Graubünden



Partida socialdemocrata grischuna
Partito socialista grigionese

1.2. Touristische Packages

Der Wintergast profitiert sehr häufig von umfassenden Angebotsbündeln. Neben Unterkunft, Verpflegung, Sportgerätemiete und Skipass sollten touristischen Packages vermehrt auch Angebote aus dem reichen Kulturbereich umfassen (Museumsbesuch, Theater, Konzert, Film, Comedy etc.). Im Sommer-Tourismus werden heute meist nur Einzelleistungen angeboten, oft fehlen ‚All-inclusive-Angebote‘. Auch hier erwartet der Gäst gebündelte Leistungspakete mit Aktivität, Wohlbefinden, Entspannung und Ausgleich. Im Kulturbereich sind neue Angebote vielfach noch zu schaffen und mit allen anderen Einzelleistungen zusammenhängend zu vorbestimmten Preisen anzubieten. Der hauptsächliche Nutzen solcher Massnahmen liegt in der längeren Verweildauer und in einem vielfältiger ansprechenden Ferienerlebnis.

1.3. Nationalpark, Unesco Weltkulturerbe, Biosphärenreservate, Naturparks

Schutzgebiete zielen grundsätzlich darauf ab, den künftigen Generationen weitgehend intakte, zusammenhängende Naturlandschaften zu erhalten. Solche Gegenden wirken besonders im Tourismus anziehend, das trifft auf das wachsende Potential an sog. ‚naturenahen‘ Gästen aus der ganzen Welt (SECO-Studie) besonders stark zu.

Der bestehende Schweizerische Nationalpark ist weiter aufzuwerten, wir stehen einer flächenmässigen Erweiterung mit Zonen extensiver Nutzung positiv gegenüber. Die Vorarbeiten für einen zweiten Nationalpark im Gebiet Adula sind bereits weit fortgeschritten, wir unterstützen dieses Projekt und setzen uns mit Nachdruck für seine Realisierung ein.

Die Schaffung des Biosphärenreservats Val Müstair bietet zudem die einzigartige Chance, ein grosses, zusammenhängendes und grenzüberschreitendes Schutzgebiet im Herzen Europas entstehen zu lassen, zusammen mit dem Schweizer Nationalpark und dem italienischen Stelvio-Nationalpark, erstmals und einzigartig auch einschliesslich einem Unesco Weltkulturerbe, dem Kloster St. Johann, Müstair.

Die besonders potenzialschwachen Regionen Graubündens sind gefordert, Erfolg versprechende Wege in die Zukunft einzuschlagen. Da eine Ansiedelung von Industrie und Gewerbe wohl kaum zum erhofften Erfolg führen wird, sollte ihr stärkstes Kapital, die weitgehend naturbelassene Landschaft, in einer verträglichen Art genutzt werden können. Die Schaffung von weiteren Naturparks in GR soll insbesondere diesen Gebieten offen stehen. Die öffentliche Hand (Kanton, Regionalorganisation) soll zudem mit Überblick und Kompetenz mithelfen, diese Talschaften unter Einbezug weiterer Entwicklungsideen (sozialpädagogisches Umfeld, Bildungs- und Kulturplatz etc.) in eine prosperierende Richtung zu begleiten.

1.4. RhB

Mit der Rhätischen Bahn verfügt der Kanton Graubünden über einen Gästemagnet erster Güte. Der touristische Nutzen der *Kleinen Roten* liegt in der spektakulären Streckenführung, in gewagten Kunstbauten und einer abwechslungsreichen, oft rauen Gebirgswelt. Wir unterstützen die aktuellen Vorbereitungen der RhB, die Bahnstrecke Albula-Bernina (Thusis-Tirano) zum UNESCO-Weltkulturerbe küren zu lassen. Die Benennung wird die Wertschöpfung entlang der Strecke und im ganzen Kanton sowie die touristische Angebotsvielfalt nicht nur für Bahnbegeisterte sondern auch für Feriengäste aus aller Welt weiter steigern.

Die Bahnwagen der RhB legen zwar eindrücklich Zeugnis ab von viel Qualitätsbewusstsein. Ein grosser Teil des Rollmaterials ist sehr, sehr alt, doch aus heutiger Sicht überholt. Besonders die enge Bestuhlung und die unruhige Fahrweise erfüllen heutige Erwartungen in eine entspannende Bahnreise wohl kaum. Der Gast (und mit ihm der tägliche Pendler) sollte einen Mindeststandard erwarten können. Wir begrüssen die eingeleitete Modernisierung des RhB-Rollmaterials ausdrücklich, ebenso alle Investitionen, die auf eine flüssigere Verkehrsbewältigung abzielen und die sicherheitsfördernden Bahnhofenerneuerungen.

1.5. Landwirtschaft

Im Bereich Landwirtschaft ist die Strukturbereinigung voll im Gang, Betriebe verschwinden. Der allgemeine Spardruck wird diesen Bereich auch weiterhin stark treffen, da die Bauernbetriebe



Sozialdemokratische Partei
Graubünden



Partida socialdemocrata grischuna
Partito socialista grigionese

überdurchschnittlich stark von Direktzahlungen abhängig sind. Der Tourismus ist auf Bauern und Bäuerinnen angewiesen, Synergien bestehen und sind noch besser zu nutzen.

- Einheimische Produkte stiften im Tourismus, in der Gastronomie und Hotellerie, Mehrwert und Profil und Mehrwert (Trend zu qualitativ hochstehenden, regionalen Produkten).
- Gepflegte und genutzte Wiesen, Weiden und Alpen präsentieren genau die Welt, die unsere Gäste suchen, vergandete Gebiete wirken auf den Tourismus abtossend
- Viel Kulturgut hängt mit der Landwirtschaft zusammen oder wird von den darin Tätigen vermittelt (Erzähler, Gästeführer, Traditionsvermittler)
- Bauern und Bäuerinnen können eine Vielfalt an alternativen Ferien- und Erlebnisangeboten (z.B. Schlafen im Stroh, 1. Augustbrunch) bieten
- Ihre Arbeitskraft ist insbesondere im Winter gesucht.

1.6. Verbandsbeschwerderecht

Das Verbandsbeschwerderecht bildet heute ein essentielles Instrument, dem geltenden Recht Nachachtung zu verschaffen. Ueli Forster, Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, sagt dem Tagesanzeiger am 18. Januar 2005: *In vielen, vor allem kleineren Gemeinden machen einzelne Persönlichkeiten die Meinung – und haben die Möglichkeit, eine Abstimmung zu beeinflussen. Wenn die Verbände nach einer solchen Abstimmung nicht mehr gegen ein Projekt Beschwerde führen dürfen, geht mir dies zu weit. Es braucht dieses Korrektiv zu Gunsten der Natur, die sich selbst nicht wehren kann.* Die SP-Graubünden setzt sich gegen jegliches Ansinnen zur Wehr, das Verbandsbeschwerderecht zu verwässern. Möglicherweise machen Korrekturen im Hinblick auf einen praktikableren Umgang Sinn. Wir wenden uns aber dezidiert gegen die FDP-Initiative in dieser Sache.

2. Promotion verbessern

2.1. Die Marke Graubünden

Graubünden hat mit der Schaffung der Marke Graubünden eine wichtige Hausaufgabe erfüllt. Das Projekt findet zunehmend breite Anerkennung. Wir unterstützen ausdrücklich die Vision, die daraus abgeleitete Mission sowie die Kernwerte der Marke Graubünden: ‚wahr‘, ‚wohltuend‘ und ‚weitsichtig‘. Die Erfolg der Marke Graubünden wird daran zu messen sein, wie glaubwürdig das ‚Credo‘ umgesetzt werden kann, dies insbesondere im stärksten Wirtschaftszweig unseres Kantons, im Tourismus. Nebst einigen wenigen Destinationsmarken ist die Marke ‚Graubünden‘ weiter zu stärken und zwar mit solchen Mitteln, die durch Zusammenfassung von diversen, für das Marketing unbedeutenden Kleinmarken frei werden.

2.2. Neue Gästegruppen gewinnen (Kultur, Bildungs- und Architekturtourismus)

Graubündens Dreisprachigkeit bildet ein einzigartiges Kulturgut. Dieses und zahlreiche weitere kulturelle Besonderheiten, diverse Bildungseinrichtungen und eine breite Vielfalt an Architektur und Ingenieurskunst im ganzen Kanton, historisch und modern, wecken zunehmend auch touristisches Interesse. Entsprechende Begegnungs-, Besichtigungs- und Erlebnisangebote sollen auch die touristische Angebotspalette bereichern, sie sprechen noch ungenügend bearbeitete Marktsegmente an und setzen einen willkommenen Kontrapunkt zum weit verbreiteten Aktions- und Event-Tourismus in Graubünden.

Wir befürworten die Milestone-gekrönte Initiative ‚klein und fein‘ von Graubünden Ferien. Sie verbindet Tourismus und Kultur optimal. Allerdings ist dieser Bereich eindeutig höher zu dotieren, ein Ausruhen auf früheren Lorbeeren ist falsch. Im Hinblick auf die die besondere Ausrichtung vieler kleinerer Tourismusorte und die Marktbedürfnisse von wichtigen, noch ungenügend erschlossener Marktsegmenten, versprechen dieser Initiative guten Erfolg.

3. Clevere Strukturen

3.1. Gemeinden

Die SP-Graubünden macht sich seit Jahren für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gemeindestrukturen und eine Gebietsreform stark, unsere konkreten Vorstellungen sind in



Sozialdemokratische Partei
Graubünden



Partida socialdemocrata grischuna
Partito socialista grigionese

einem eigenen Positionspapier festgehalten. Starke Gemeinden sind das Rückgrat für sämtliche öffentlichen Aufgaben. Eine Zersplitterung bindet noch zu viele knappen Ressourcen (Arbeit, Geld, Ideen), weshalb dieser Bereich unter grossem Erfolgszwang steht.

3.2. Tourismusorganisationen

Wie die Gemeinde- sind auch die heutigen Tourismusstrukturen zu kleinräumig gestaltet, um im nationalen und internationalen Wettbewerb erfolgreich agieren zu können. Wir unterstützen ausdrücklich die Stossrichtung der aktuellen Initiative des Amts für Wirtschaft und Tourismus, wonach einige wenige Topdestinationen zu schaffen sind. Bei dieser drängenden Bündelung knapper Kräfte darf allerdings die Zukunft kleinerer Orte und touristisch weniger bedeutender Regionen keinesfalls ausser Acht gelassen werden. Solchen Orten ist Möglichkeit zu einem touristischen Sammeltopf unter der Dachmarke Graubünden zu bieten, sollte ein Zusammengehen mit den Top-Destinationen scheitern.

4. Infrastruktur

4.1. Verkehr

Eine umweltverträgliche Verkehrspolitik bildet eine wichtige Voraussetzung, wenn's um die Zukunftschancen unseres Tourismuskantons geht. Der Zustrom von Tagestouristen erhöht statt der lokalen Wertschöpfung oft nur das Verkehrsaufkommen vieler, ohnehin schon überlasteter Strassen (Prättigauerstrasse, Chur-Lenzerheide, A13, Surselva). Das Hauptstrassennetz darf von Ortsumfahrungen abgesehen nicht mehr massgeblich erweitert werden.

Berechtigten Investitionsbedarf haben vielmehr die RhB (Streckennetz, Rollmaterial), die Post- und andere öffentliche Busunternehmen: nur gute, gewährleistet Verbindungen, Taktfahrplan, ein minimaler/angemessener Komfort und reelle Billettpreise verschaffen dem Öffentlichen Verkehr in diesem Konkurrenzkampf ausreichend gute Voraussetzungen.

Die Tarife der Bergbahnunternehmungen sind mit einer konsequenten Parkplatzbewirtschaftung zu koppeln, ebenso soll die Anreise mit dem ÖV zum Bezug verbilligter Billette/Abonnemente berechtigen. Das Halbtaxabonnement soll künftig wieder Anerkennung bei allen Bündner Bergbahnen finden.

Wir wehren uns mit Nachdruck gegen sämtliche Angebote an Helikopter-Rundflügen sowie an Heli-Transporten zur Ausübung von Sportarten (Ski, Board, Wandern, Paragliding etc.), sie nützen sehr wenigen und belasten mit ihren Lärm- und Schadstoffemissionen die überwältigende Mehrheit an Einheimischen, Gästen und Ruhesuchenden. Aus den gleichen Gründen lehnen wir die Freizeitnutzung aller Snowmobiles ab. Ausrangierte Militärflugplätze dürfen zudem nicht zu neuen Aviatik-Eldorados mutieren.

4.2. Grenzen der Wintersporterschliessungen

Probleme mit der Schneesicherheit in tieferen Lagen, die Kapitalintensität moderner Skigebiete (v. a. Förderanlagen, mechanische Pistenpräparation, künstliche Beschneigung) und rückläufige Frequenzen setzen den Unternehmen der Wintersportbranche arg zu. Aufgrund anerkannter Studien sinkt die Anzahl an SkifahrerInnen in der Schweiz, Europa- und Weltweit. Die Grenzen des Wachstums sind hier aus ökonomischen Gründen offensichtlich erreicht. Auch wir haben am Niedergang von Seilbahnunternehmen und Skigebieten überhaupt kein Interesse, ein solcher hätte Entlassungen, eine Minderung der wintersportlichen Attraktivität und den Abfluss lokaler Wertschöpfung zur Folge.

Doch in Kenntnis vorhandener Überkapazitäten wenden wir uns klar gegen jegliche Neuerschliessung von Skigebieten und Gebietszusammenschlüsse. Wir wenden uns insbesondere gegen das Ansinnen, die Skigebiete von Lenzerheide und Arosa miteinander zu verbinden. Hier würden grundlegende Interessen der bis heute intakten Natur angetastet, weitere Nachteile ergeben sich aus der damit voraussehbaren Abwertung der RhB-Verbindung durchs Schanfigg und dem zu erwartenden Mehrverkehr auf der heute bereits stark frequentierten Route Chur-Lenzerheide.



Sozialdemokratische Partei
Graubünden



Partida socialdemocrata grischuna
Partito socialista grigionese

Im Hinblick auf eine möglicherweise einmal notwendige Stilllegung von Bergbahnen/Skigebieten, sind den Betreibergesellschaften Rückstellungen zu verfügen, die den vollständigen Rückbau aller Kunstbauten (Masten, Schienen, Trassen, Betriebsgebäude, Restaurants) decken und diesen innert angemessener Frist nach Betriebsschliessung auch sicherstellen.

4.3. Weniger Winter, mehr Sommer

Unser Tourismus ist stark winterlastig, d.h. zu sehr nur auf Schneesportarten ausgerichtet. Dies zeigt sich bei den Bergbahnen oder stärker noch bei den Beherbergungsbetrieben. Da im Sommer mit deutlich weniger Gästen gerechnet werden kann, bleiben Hotels in dieser Zeit zunehmend geschlossen, mit anerkannt negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Gästebetten, resp. auf die verbleibenden Gäste vor Ort. Verschiedene Initiativen in den Kurorten, aber auch in verschiedenen Regionen, befassen sich mit dieser Thematik und versuchen mit innovativen Mitteln Ausgleich zu schaffen. Die SECO-Studie von 2002 bescheinigt dem naturnahen (vorab) Sommertourismus weiterhin grosse Marktpotentiale. Wir unterstützen alle Anstrengungen, solche Chancen zu nutzen. Ein Erfolgsmoment liegt in der Bündelung von touristischen Teilleistungen und den Verkauf solcher Packages über professionell agierende Partner. Touristik, Politik und Regionen sind hier besonders gefordert, den Sommertourismus ernst zu nehmen und ihn mit den jeweiligen Möglichkeiten aktiv zu fördern. Der Sommertourismus hat durchaus das Zeug für eine positive Entwicklung, wie erfolgreiche Beispiele belegen (z.B. Via Spluga, ‚klein und fein‘ von GRF).

4.4. Öffentliche Mittel für Bergbahnen

Wir haben Verständnis für die Gemeinden und Regionen, die derzeit mit den Bergbahnen gemeinsame Finanzierungsmodelle umsetzen. Mit Beiträgen, die die Gemeinden verschiedentlich stark beanspruchen, werden Bahnen erneuert, ohne solche würden diese eingehen, lokal/regional gesehen sind Tourismusattraktivität und Arbeitsplätze gefährdet. Aus einer Gesamtschau heraus sind diese Tendenzen jedoch stets kritisch zu hinterfragen. Der Schneesportmarkt schrumpft und Überkapazitäten werden heute kaum bestritten. Die öffentlichen Gelder bewirken so gesehen eine unerwünschte Strukturerhaltung. Sollte sich der schwache Trend verstärken (Jugend ohne Ski), sind neben den Bahnen bald auch solche öffentlichen Gelder gefährdet.

4.5. Einheimischen-Vergünstigung für Alle

Der Tourismusverkehr (Lärm, Abgase, Staus, volle ÖV) zu den Kurorten und Bergbahnen belastet die Talschaften entlang der Verkehrsachsen, besonders in den Winterspitzen oder anlässlich von Grossveranstaltungen. Vielerorts sieht sich die Bevölkerung solchen Immissionen besonders stark ausgesetzt, ohne dagegen etwas unternehmen zu können und zudem ohne von irgendeiner Einheimischen-Vergünstigungen bei den verursachenden Schneesportanlagen profitieren zu können. Eine solche Situation belastet das Verständnis für touristische Anliegen in der Wohnbevölkerung. Wir fordern hier eine umfassende, einheitliche Vergünstigungsregelung für die gesamte Wohnbevölkerung unseres Kantons.

4.6. Zweitwohnungsbau

An verschiedenen Orten in unserem Kanton wachsen Zweitwohnungs-Immobilien derzeit wie Pilze aus dem Boden. Darüber hinaus werden bestehende Hotelzimmer zu Appartements umgebaut. Diese aus verschiedenen Blickwinkeln unerwünschte Entwicklung muss eingedämmt werden. Zweitwohnungen und Appartements stehen normalerweise wochenlang leer (kalte Betten) und machen dadurch Tourismusorte zu ‚schlafenden‘ Dörfern. Verglichen mit den Hotels schaffen sie nur wenig regionale Wertschöpfung, sie heizen die regionale Baukonjunktur kurzfristig an, sie entziehen der ansässigen Wohnbevölkerung zahlbare Wohnmöglichkeiten und verbauen das knappe Gut Boden für die Zukunft. Die absehbare Abschaffung der Lex Koller wird die Nachfrage nach Boden und Zweitwohnungen weiter anheizen. Wir fordern hier mit Nachdruck eine umfassende Auslegeordnung durch die zuständigen Stellen sowie konstruktive Vorschläge zur Entschärfung dieser unhaltbaren Situation. Denkbar sind verschieden Möglichkeiten: z.B. Besteuerung von unbenutzten Betten oder eine Einschränkung von Zweitwohnungs-Baubewilligungen.



Sozialdemokratische Partei
Graubünden



Partida socialdemocrata grischuna
Partito socialista grigionese

5. Engagement Staat differenzieren

5.1. Weniger

5.1.1. Grossveranstaltungseuphorie

Mammutveranstaltungen widersprechen unserer Auffassung von nachhaltiger Entwicklung in unseren Regionen, für Olympiapläne fehlt auch heute die notwendige Akzeptanz bei der Bevölkerung. Demgegenüber unterstützen wir wiederkehrende Grossveranstaltungen (z.B. Ski-WM) im bekannten Rahmen und erachten sie im Hinblick auf eine bessere Auslastung von Sportstätten Infrastruktur und als PR-Instrument als sinnvoll. Sie sind allerdings gut auf die lokalen Gegebenheiten, mit Kultur und mit der Umwelt abzustimmen.

5.1.2. Bezahlung der Wintersportinfrastrukturen durch Gemeinden

vergleiche Pkt. 4.4

5.2. Mehr

5.2.1. Verstärkte Massnahmen gegen den Zweitwohnungsbau

Eines der aktuellsten Herausforderungen in diesem Kanton betreffen den überbordenden Zweitwohnungsbau, der mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit keinesfalls zu vereinbaren ist (s.o.). Neben dem kurzfristigen Bodenverschleiss belastet oft auch die schwache Nutzung von Zweitwohnungen die Ferienqualität unserer Kurorte. Der unerfreulich hohe Bestand an leer stehenden Einheiten schafft trist und leblos erscheinende Quartiere. Hier soll über eine Besteuerung von kalten Betten Abhilfe geschafft werden, das heisst, die entsprechenden Gesetze sind auf diese Ziel hin neu zu definieren.

5.2.2. Arbeitsrecht und Fachbildung

Angestellte im Bereich Tourismus haben Anrecht auf die Einhaltung verlässlicher Arbeitsverträge, im Gastgewerbe insbesondere des aktuellen LGAV. Ausländische MitarbeiterInnen müssen zu gleichen Konditionen wie Einheimische angestellt sein.

Die Fachaus- und Weiterbildung ist auf allen Stufen und in allen Bereichen des Tourismus zu stärken, denn hier investieren wir in die Qualität, in die Zukunft des wichtigsten Wirtschaftszweig Graubündens.

5.3. Anders

5.3.1. Mehrwertsteuer

Der Mehrwertsteuer-Sondersatz (für die Hotel-Teilleistung *Übernachten/Frühstück*) bleibt weiterhin unter Druck. Unser Engagement für seine künftige Beibehaltung knüpfen wir an die Forderung, diese spezifische Hotellerie-Subvention an innovative Elemente einer nachhaltigen Qualitätsverbesserung zu koppeln. Im Hinblick auf dieses Ziel sind rasch Grundlagen zu erarbeiten, um die Gewährung des Sondersatzes und/oder allenfalls weiterer Fördermittel für Hotellerie- und Tourismusunternehmungen mit spezifische Auflagen zu knüpfen, insbesondere an messbar ökologisch, regionalwirtschaftlich und sozial wirksame Leistungen.

Ein solcher Schritt hat sein Vorbild bei den Landwirtschaftssubventionen, wo vor rund 10 Jahren Voraussetzungen für eine nachhaltig ausgerichtete Betriebs- und Branchenentwicklung geschaffen wurden. Mit der Steinbockzertifizierung von Ö-plus, einem wegweisenden bündnerischen Regio-plus – Projekt zur Nachhaltigkeitszertifizierung von Hotelbetrieben, verfügen wir bereits heute über ein praktisches, unabhängiges und anpassungsfähiges Mittel zur entsprechenden Leistungsbemessung.

5.3.2. Einbindung anders Denkender

Wer grosse Veränderungen angehen will, tut gut daran, unterschiedlich Interessierte von Anfang an in den frühen Prozess mit einzubeziehen. Ein solches Vorgehen dient erstens einer breiteren Diskussion, das heisst, allfällige Gegenargumente kommen frühzeitig auf den Tisch und können entschärft werden, zweitens kann bei politischen Entscheiden mit einer breiteren Akzeptanz gerechnet werden. Im Kanton Graubünden fehlt vielfach die Kultur, die hauptsächlich



Sozialdemokratische Partei
Graubünden



Partida socialdemocrata grischuna
Partito socialista grigionese

MeinungsträgerInnen repräsentativ einzubinden. Aufgrund einer einseitigen, politischen Machtverteilung werden heute wichtige Interessensgruppen systematisch und von vornherein von jeder Mitwirkung ausgeschlossen.

Die SP Graubünden äussert sich regelmässig auch zu touristischen Aktualitäten, sie bezieht immer wieder klar Stellung. Sie setzt sich zudem im Bewusstsein der grossen touristischen Wertschöpfung und vorhandener Potenziale engagiert für eine prosperierende Branchenentwicklung ein. Auch wenn sie in einzelnen Positionen aufgrund ihrer eigenen Wertehaltung einmal andere Meinungen vertritt, so manifestiert auch dies ihren erklärten Willen, die touristische Zukunft unseres Kantons mitzugestalten, aktiv mitzuarbeiten, und aus ihrem Blickwinkel heraus umsetzungsfreundliche Lösungsvorschläge beizutragen. Angesichts dieses konstruktiven Engagements fordern wir, künftig in die touristische Verantwortung unseres Kantons mit eingebunden zu werden, namentlich in die verschiedenen Expertengruppen, in den Vorstand von Graubünden Ferien und weitere massgebliche Organe.

24. April 2006 – SP Graubünden